



# Stimmung in Berlin und in einzelnen Bezirken

[Ohne Datum]

Auswertung der Stimmungsberichte vom 19.6. bis 20.6.1953, 10.00 Uhr [Meldung Nr. 15/53]

## Quelle

BStU, MfS, SdM 249, Bl. 174–185.

## Serie

Informationsdienst (Vorformen).

## Verteiler

Kein Nachweis einer externen oder internen Verteilung.

## Datum

Datierung durch den Bearbeiter: 20.6.1953 (anhand der Angaben im Dokumententitel).

Hierzu liegen eine Reihe Berichte über die Stimmung in Berlin und Berichte aus zwei Bezirken, Karl-Marx-Stadt und Potsdam, vor. Daraus geht hervor, dass in den Stadtbezirken die Bevölkerung fast völlig zur Ruhe gekommen ist, Panik, Krawall nicht mehr vorgefallen sind. Es wird gesagt, wenn man absieht von sogenannten Angsteinkäufen wie Brot und sonstiger Lebensmittel, dass dann alles wie sonst sei. Jedoch ist man abwartend. In immer stärkerem Maße wird zum Ausdruck gebracht, dass die Gewaltaktionen fehl am Platze gewesen sind, was man meist damit begründet, dass wir doch alles selbst wieder bezahlen müssen.

Über die Richtigkeit der Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht ist man sehr oft geteilter Meinung. Aus einem großen Teil der Berichte geht jedoch hervor, dass sie notwendig gewesen sind, um ein Blutbad zu vermeiden. Ebenso ist man von der Richtigkeit der neuen Regierungsverordnungen<sup>1</sup> noch nicht im ausreichenden Maße überzeugt. Jedoch spricht aus der Mehrzahl der Berichte nicht nur eine Begrüßung dieser Verordnungen, sondern man rechnet das Einsehen der gemachten Fehler der Regierung und Partei als positiv an. So wird erklärt, dass, wenn unsere Regierung nicht nur die Provokateure verhaftet, sondern auch zukünftig auf die Forderungen bzw. Kritik der Massen genügend achtet, es eine solche Situation nicht wieder geben wird.

In einzelnen Fällen gibt es üble Verleumder der Staatsfunktionäre Pieck, Grotewohl und Ulbricht. Jedoch bringt man dem Genossen Wilhelm Pieck zum überwiegenden Teil Vertrauen entgegen und fordert, der Bevölkerung Klarheit zu geben über den Gesundheitszustand des Präsidenten.<sup>2</sup>

Es wird berichtet, dass man am meisten der Meinung begegnet, dass das System gut, die angewandte Methode aber schlecht sei. Gesagt wird, dass die Empörung durch Entlarvung der Provokateure nur scheinbar beseitigt werden kann, im Inneren der Menschen es aber weiterbrodelt und sie noch verängstigter sind als sonst. So stellt man auch oft heraus, dass es jetzt weniger auf Worte, sondern auf Taten ankommt.

Ein Parteiloser aus dem Staatssekretariat Chemie vertritt die Meinung, dass, wenn man von Schuld sprechen kann, die Regierung die gleiche Schuld trage wie die Partei. Doch sei das nicht weltbewegend. Man kann es ausbügeln, nicht notwendig war aber, dass man dafür Menschenleben opfert. Sehr stark wird zum Ausdruck gebracht, dass die Gewerkschaften versagt haben.

Die eingebrachten Stimmungen der im volkseigenen Betrieb EKM Bergmann-Borsig beschäftigten Westberliner Arbeiter sind positiv. Dagegen sind die uns bekannten in Westberlin geführten Diskussionen das Spiegelbild der negativen und schwankenden Stimmungen im demokratischen Sektor von Berlin und in der Republik. Nach vorliegenden Berichten kann von einem wesentlichen Stimmungunterschied zwischen der Republik und Berlin nicht gesprochen werden.

Ein Verkäufer, der im Berliner Stadtbezirk tätig ist, erklärte, dass im hiesigen Stadtbezirk die Bevölkerung äußerst ruhig ist, es sei denn die sogenannten Angsteinkäufe wie Brot und sonstige Lebensmittel. Panik, Krawall ist nicht vorgefallen [sic!]. Nachmittags bis zum Abend war hier alles wie sonst. Diskussionen mit meiner Kundschaft und Bekannten ergaben, dass die Leute die Gewaltakte verurteilen mit dem Bemerkung, dass wir ja doch alles bezahlen müssen. Jedoch fast jeder kritisiert die zu hohen Preise der HO, soweit es sich um Lebensmittel handelte.

Aus dem Berliner Bremsenwerk wird berichtet, dass dort die Belegschaft fast 100%ig zur Arbeit erschienen ist. Im Allgemeinen ist die Lage dort wesentlich ruhiger geworden. Doch ist eine gewisse Unsicherheit bei den Kollegen vorhanden, die auf die kommenden Ereignisse zurückzuführen ist.

Aus der Zentralen Verwaltung der Wagen (Reichsbahn Berlin) wird berichtet, dass der Genosse [Name 1] besonders aktiv beim Einsatz war. Er machte drei Tage lang freiwilligen Dienst und ist bereit, weiterhin sein Objekt zu schützen.

Aus dem Bezirk Karl-Marx-Stadt wird berichtet, dass am 18.6.1953 im Stadtgebiet Freiberg größere Geldbeträge von den Banken abgehoben wurden. Mit dem Geld wurden Angsteinkäufe getätigt in solchen Mengen, dass es dem Verkaufspersonal auffiel. Dadurch soll eine planmäßige Versorgung der Bevölkerung der DDR mit Lebensmitteln untergraben werden.

Im Walzwerk Frauenreuth<sup>3</sup> wurden fünf Personen verhaftet, die als Initiatoren der Arbeitsniederlegung ermittelt wurden. Die Frau eines Verhafteten sprach im Betriebsfunk und forderte die Belegschaft auf, die Arbeit wieder aufzunehmen, da nur dadurch eine Möglichkeit zur Freilassung ihres Mannes bestehen würde. Die Arbeit wurde daraufhin am 19.6.1953, um 19.15 Uhr, wieder aufgenommen.<sup>4</sup>

In einem vorliegenden zusammenfassenden Bericht über Stimmungen in Berlin wird mitgeteilt, dass die Hausfrauen im Allgemeinen Zufriedenheit äußern, dass wieder Ruhe und Ordnung herrscht und die Versorgung klappt, es aber an Obst und Gemüse mangelt. Ferner fordert man Preissenkung für alle Waren und ein ausgiebiges Warenangebot.

Aus dem VEB Mechanik Gaselan wird berichtet, dass der Kollege [Name 2], der der Initiator der Arbeitsniederlegung war, jetzt wieder an seinem Arbeitsplatz arbeitet. Sein Verhalten ist zurückhaltend. An irgendwelchen Diskussionen beteiligt er sich überhaupt nicht. Auch während der Frühstückspause unterhält er sich nicht wie sonst üblich mit den Kollegen.

Meister [Name 3] aus der Abt. IV des Berliner Bremsenwerkes berichtet, dass die Kollegen sich von denen distanzieren, die Krawall gemacht haben. Die Kollegen sind der Meinung, dass die Demonstration richtig war, aber mit den Ausschreitungen sind sie nicht einverstanden. Als die Jugendlichen im Demonstrationzug anfangen, mit Steinen zu werfen, wurden ihnen dieselben von den übrigen Kollegen abgenommen.

Kollege [Name 4] aus der Elektroabteilung antwortet auf die Frage, warum er mitgelaufen sei. »Die Genossen sind ja auch mitgelaufen.« Zu dem Verhalten der Provokateure sagte er: »Wie sie anfangen, das Deutschlandlied zu singen, wusste ich, dass ich mich unter Faschisten befand. Das ging dann doch zu weit und ich verließ daraufhin den Zug.«

Der Kollege [Name 5], Abt. Lager des Berliner Bremsenwerkes, berichtet, dass die Kollegen über die Provokationen empört sind. Sie sind der Meinung, dass diese Provokateure viel härter bestraft werden müssen.

Im Volkshaus Weißensee brachten drei der Gäste in ihrer Unterhaltung zum Ausdruck, dass sie mit der randalierenden Form nicht einverstanden waren, andererseits aber auch das Einschreiten der Besatzungsmacht nicht für richtig hielten. Ebenso waren sie erbost über die Umbenennung der Berliner Allee in Klement-Gottwald-Allee.<sup>5</sup>

Im Berliner Glühlampenwerk können sich die Kollegen nicht damit einverstanden erklären, dass bei den Demonstrationen Gebäude und Kioske angesteckt und Autos usw. demoliert wurden. Vier Kollegen davon sagten: »Es sind doch unsere Werte, die da zerstört wurden, die durch unsere Arbeit, durch unseren Fleiß erbaut wurden und nun wieder neu hergestellt werden müssen, das ist ein großer Rückschlag in unserer Produktion.«

Aus Diskussionen des Ministeriums für Aufbau entnehmen wir folgende Stellungnahme: »Das Eingreifen der sowjetischen Besatzungsmacht halte ich für richtig, denn ich bin der Ansicht, falls dies nicht geschehen wäre, wir hier in Berlin und weiter in der DDR einen Aufruhr erlebt hätten, welcher von weittragender Bedeutung gewesen wäre und welcher viele blutige Opfer unter uns Deutschen gekostet hätte.«

Ähnlich sprach man im Staatssekretariat Kohle in Berlin. Dort brachte man zum Ausdruck: »Es ist gut, dass unsere sowjetischen Freunde noch hier sind, gerade im Brennpunkt Berlin. Unsere Gegner werden dies respektieren müssen und auch auf irgendein Abenteuer verzichten müssen.«

Auf dem Bahnhof Schöneweide<sup>6</sup> ging die Diskussion dahin, dass die sowjetischen Freunde nicht hätten eingreifen dürfen, sondern dass es eine rein deutsche Angelegenheit wäre, wo uns keiner was zu sagen hätte. Aus dem Bezirk Karl-Marx-Stadt wird berichtet, dass der Parteilose [Name 6, Vorname], 25 Jahre alt, wohnhaft in Grünhain, [Straße Nr.], Folgendes sagte: »Was wollen die Russen überhaupt hier? Sie mögen sich raus machen! In Berlin haben sie auf deutsche Arbeiter geschossen, und es hat dort sehr viel Tote gegeben.« Die Arbeiter der Bau-Union Dresden lehnten es ab, ihre Arbeit wieder aufzunehmen, solange die sowjetischen Militäreinheiten nicht abgezogen würden.

Aus dem vorliegenden zusammenfassenden Bericht ersehen wir, dass die Arbeiter zum Teil die Aufhebung des Ausnahmezustandes verlangten, weil das aussehen würde, als könnte sich unser Staat nur auf den Bajonetten der Roten Armee halten.

Aus dem Bezirk Karl-Marx-Stadt wird uns berichtet, dass der [Name 7, Vorname], Bergarbeiter der Wismut AG, wohnhaft in Hammerunterwiesenthal, erklärte, man wüsste überhaupt nicht mehr, was man [davon] halten soll. »Was heute beschlossen und als gut befunden wird, kann morgen schon wieder schlecht sein und über den Haufen geworfen werden. Wahrscheinlich pfeifen die da oben auch schon auf dem letzten Loch.«

Ebenso erklärte Wachmann [Name 8], beschäftigt im Walzengravierwerk<sup>7</sup> Frankenberg, wohnhaft ebenda in der [Straße Nr.], als Parteiloser Folgendes: »Endlich eine Änderung. Wir sind Deutsche und bleiben Deutsche. Die Moskauer Einflüsse sind eben falsch. So geht es nicht mehr weiter. Der Londoner Rundfunk hat diese Angelegenheit schon vor zwei Tagen, bevor das Kommuniqué veröffentlicht wurde, gebracht.« Alles in allem sei dies ein Rückzug der Regierung und eine Pleite auf der ganzen Linie.

Der Parteilose Hauer [Vorname Name 9] sagte, wie aus Karl-Marx-Stadt »W«<sup>8</sup> berichtet wird, Folgendes: »Ich muss ja selbst sagen, dass es vollständig falsch war, dass es die Regierung soweit kommen ließ (zu den Unruhen). Die müssen ja nach unten gar keine Fühlung genommen haben oder sind sie belogen worden von den unteren Instanzen oder haben sie sich von diesen leiten lassen.«

Auf den Diskussionen der Hauptabteilung Metallurgie<sup>9</sup> in Berlin entnehmen wir folgende Stellungnahme: »Die Regierung müsste meiner Meinung nach weitere Beschlüsse fassen, die dazu dienen, die Einheit Deutschlands herzustellen, auch ohne Rücksicht auf den jetzigen Zustand.« Dabei spricht man davon, dass die Kontrolle an den Sektorengrenzen wegfallen soll, dass die alten jetzt geschlossenen Kontrollpunkte geöffnet werden sollen, dass die Warenkontrolle an den Kontrollpunkten bei Fußgängern und Autos, die offensichtlich dienstlichen Charakter tragen, eingestellt werden sollen. Solche Beschlüsse [er]hofft man nach Aufhebung des Besatzungszustandes. Der Bezirk Karl-Marx-Stadt berichtet, dass der [Name 10, Vorname], wohnhaft in Reinsdorf, [Straße Nr.], den Regierungsbeschluss begrüßt, weil dadurch viele Härten abgestellt werden. Er führte ein Beispiel an, aus einer Schule, an der sein Sohn studiert. An der hat auch der Sohn eines Pfarrers studiert, der entlassen wurde, ohne dass nach seiner Meinung etwas gegen ihn vorlag. Eine Schülerabstimmung fiel zugunsten des Pfarrerssohnes aus, die jedoch nicht beachtet wurde. Ferner sagte [Name 10], dass die Ernährung der Bevölkerung nicht gesichert sei, wenn in Treuhandwirtschaften, wie z. B. im Vielauer<sup>10</sup> Rittergut, Kräfte eingesetzt sind, die entweder keine Fähigkeiten besitzen oder absichtlich den Schlendrian einreißen lassen.

Ein Parteiloser aus dem Staatssekretariat [für] Chemie führte u. a. in seiner Diskussion Folgendes aus: »Es wird eine große Aufgabe für uns sein, die gemachten Fehler wieder zu bereinigen, aber wir werden sie bereinigen, und ich stehe stärker denn je hinter der Partei der Arbeiterklasse.«

Aus dem Bezirk Karl-Marx-Stadt ist uns weiter bekannt, dass der [Name 11, Vorname], 40 Jahre alt, parteilos und Grubenarbeiter auf dem Karl-Marx-Werk Zwickau, sagte: »Das ist für uns als Arbeiterklasse beschämend, dass wir nach dem Kommuniqué zu derartigen Handlungen geschritten sind wie in Ostberlin. Ich bin parteilos, aber so etwas verstehe ich nicht, dass man unsere Regierung so »belohnt.« Der Pöhlmann, Kurt, Mitglied der SED und Abteilungsleiter im VEB Klingenthaler Harmonikawerk III, erklärte u. a., dieses Kommuniqué sei keine Schwäche unserer Partei. Dass unsere Partei stark und ehrlich genug ist, die gemachten Fehler einzugestehen und der Öffentlichkeit bekannt zu geben, dass dies noch keine Partei und kein Staat wagen konnte. [sic!]

Der Tischlermeister [Name 12, Vorname], aus Scheibenberg, 37 Jahre alt und Mitglied der LDP, sagte: »Ich selbst begrüße diese Beschlüsse auf das Freudigste, vor allem begrüße ich die Aussprache Otto Grotewohls mit den Vertretern der Kirche.«<sup>11</sup>

Aus dem vorliegenden zusammenfassenden Bericht (der sich auf über 100 Einzelberichte stützt) entnehmen wir Folgendes: Durch die Rote Armee und durch die Verhängung des Ausnahmezustandes ist die Lage geklärt worden. Die Bevölkerung hat der Roten Armee zum großen Teil Sympathie entgegengebracht und ist ehrlich der Meinung, dass dadurch der Weltfrieden wirklich erhalten worden ist. Die Arbeiter haben sich im Wesentlichen von den Provokateuren distanziert ... wenn jetzt unsere Partei nicht schläft und sich nicht nur mit der Festnahme von Provokateuren beschäftigt, sondern auch die Kritiken anerkennt, werden wir eine solche Situation nicht wieder erleben. Das Mitglied der SED [Name 13, Vorname], Transportarbeiter im RFT Glühlampenwerk Plauen, sagte: »Nun ist es Zeit, dass die Bilder von Pieck und Ulbricht verschwinden, denn sie haben an uns schwer gesündigt. Ich habe schon lange nichts mehr übrig für diese Regierung. Die haben uns belogen und betrogen. Ich bin mit in der BGL, aber ich will nichts mehr mit denen zu tun haben. Ich verabscheue die Menschen, die für diese Regierung noch etwas übrig haben. Das ist die größte Enttäuschung in meinem Leben.«

Aus dem zusammenfassenden Bericht entnehmen wir, dass in der Diskussion mit einem Kollegen aus der Hauptabteilung Metallurgie in Berlin zum Ausdruck gebracht wurde: »Von vielen Kollegen und Menschen wird Genosse Walter Ulbricht als der Genosse bezeichnet, der für die Fehler verantwortlich ist und es nicht verstanden wird, weshalb er nicht zurücktritt.« Und weiter sagte er selbst: »Die Regierung hat Fehler gemacht, aber Fehler macht jeder, der arbeitet. Die Menschen erwarten eine Umbildung der Regierung, was meiner Meinung nach auch nicht falsch ist, um im Interesse der DDR zu arbeiten.«

Aus dem Bezirk Karl-Marx-Stadt wird uns berichtet, dass der Schmied [Name 14, Vorname], beschäftigt im Karl-Marx-Werk Zwickau, 45 Jahre alt und parteilos, gegenüber einem Genossen äußerte: »In Berlin war wieder was los. Man hat den Grotewohl und den mit dem Spitzbart verlangt und zugerufen: »Weg mit dem Grotewohl und dem Spitzbart, wir wollen eine Wahl haben.« Du als Funktionär kannst so etwas nicht anhören, sonst fassen sie dich. Ja, so sieht es aus mit euch.«

Aus demselben Bezirk wird berichtet, dass der Sanitäter [Name 15, Vorname], beschäftigt im Karl-Marx-Werk Zwickau und parteilos, erklärte: »Das haben sie nun davon, die dummen Schweine, mit ihren Maßnahmen der 10%igen Normerhöhung.<sup>12</sup> Die sind doch zu dumm und zu feige. Jetzt, wo sie sich zeigen sollen vor der Bevölkerung, wie es gestern Abend war, da sind sie nicht auf dem Balkon erschienen, da haben sich Ulbricht und Grotewohl durch andere vertreten lassen. Als Matern die Bevölkerung ansprach mit Kollegen, da haben sie gerufen: »Halt die Gusche mit Kollegen, der Zug ist nun fort.«« (Letzter Bericht ging uns am 19.6.1953 um 21.45 Uhr zu.)

Der 60 Jahre alte Rentner [Name 16, Vorname], wohnhaft in Auerbach, beschäftigt in der AIGA <sup>13</sup> als Mischer, sagte: »Jetzt können wir wieder reden, jetzt haben wir gewonnen. Grotewohl, Pieck usw. haben verspielt. In Berlin demonstrieren sie für 40%ige Preissenkung der HO [und] für die Normensenkung. Sie sind ja längst kaputt (unsere Regierung) und haben alles niedergewirtschaftet. Man kann dem Leipziger Sender nichts mehr glauben. Die Wahrheit sagt nur der RIAS und den muss jeder hören.«

Der Kollege [Vorname Name 17], beschäftigt im Fuhrpark der HO-Wismut Annaberg, äußerte zu einem unbekanntem Kollegen: »Nun weiß ich nicht, was los ist. In der Österreichischen Zeitung habe ich selbst gelesen, wie Wilhelm Pieck abgebildet ist und wie er an der Schweizer Grenze festgenommen wurde. Wahrscheinlich haben ihn die Russen festgenommen und in Verbannung geschickt.«

Im zusammenfassenden Bericht wird über die Diskussion in der Staatlichen Plankommission – Hochschule für Planökonomie – in Berlin u. a. Folgendes gesagt: Häufig werden Forderungen nach Bekanntgabe des Befindens des Genossen Wilhelm Pieck gestellt ... in den Diskussionen mit Arbeitern ist häufig festzustellen, dass dem Genossen Pieck großes Vertrauen entgegengebracht wird. Die Genossen der Seminargruppe II/1 schlagen vor, dass der Genosse Pieck eine Erklärung abgibt, die auf Tonband aufgenommen wird und dann im demokratischen Rundfunk übertragen werden kann. Weiter berichtet man von dort: »Die Kollegen sind jetzt so zurückhaltend, da sie im Moment noch innerlich bluten, und es wäre sehr ratsam, eine Versammlung durchzuführen, auf der ein Vertreter der Regierung spricht, damit die Kollegen ihre Sorgen und Nöte vortragen können, die aber dann so schnell wie möglich abgestellt werden müssen. Sie wollen wissen, was los ist. Wir wollen keine Worte mehr hören, sondern Taten, dann könne das Vertrauen zur Regierung und der Partei der Arbeiterklasse gefestigt und gestärkt werden.«

Weiter spricht ein Kollege vom Ministerium für Schwermaschinenbau Folgendes: »Die Empörung kann man aber durch Entlarvung von Provokateuren nur scheinbar beschwichtigen. Im Inneren der Menschen brodeln es weiter. Nur sind sie verängstigt als sonst.«

Der Pressearbeiter in Freital, [Vorname Name 18], ca. 28 Jahre alt, wohnhaft in Dresden, sagte, dass bei einer guten Zusammenarbeit mit der Regierung nie wieder solche Sachen geschehen dürfen.

Von LOWA Johannisthal <sup>14</sup> wird berichtet, dass sich alle Arbeiter in der Form äußerten, bei solchen Demonstrationen nicht mehr mitzumachen. Einige Arbeiter traten an die Gewerkschaft heran mit der Frage: »Warum die BGL sie nicht aufgeklärt hat?« Dadurch entstand eine um sich greifende Stimmung gegen die BGL des Werkes. Der BGL-Vorsitzende Grahmann beteiligte sich mit an der Demonstration und begründete dies damit, dass er sich nicht als Streikbrecher hinstellen kann. Der BGL-Vorsitzende Grahmann, Willi, wohnhaft in Adlershof, [Straße Nr.], ist während des Ausmarsches zur Demonstration an den Westberliner SED-Genossen herangetreten und sagte wörtlich zu ihm: »Mit der SED ist jetzt aus und mit euch SED-Schweinen ganz und gar!« Zu den Volkspolizisten, die während der Demonstration die Sicherung der Straße übernahmen, äußerte Grahmann: »Zieht jetzt den Rock aus und kommt mit, bevor es für euch zu spät ist, denn es geht jetzt eurem Ende entgegen.« Grahmann war der Initiator der Streikbewegung in der LOWA.

Im RAW Schöneweide brachte der überwiegende Teil der Arbeiter zum Ausdruck, dass sie jederzeit mit der Betriebsleitung und der Parteileitung sprechen werden, dass sich aber die Gewerkschaft im Betrieb nicht sehen lassen soll, da sie von den Arbeitern rausgeschmissen wird. Wie berichtet wird, ist dieses Misstrauen darauf zurückzuführen, weil sich die Hälfte der BGL an der Demonstration beteiligte und danach mit den Arbeitern über die falsche Handlungsweise diskutieren wollte.

In der Staatlichen Plankommission – Hochschule für Planökonomie – lehrt man die Loslösung der Partei und der Regierung von den Massen und die Unkenntnis der Wünsche der Werktätigen u. a. damit [sic!]: Die Gewerkschaft ist ihren eigentlichen Funktionen als Vertreterin der Arbeiterklasse nicht gerecht geworden. Ferner fordert man Neuwahl einer solchen Gewerkschaftsleitung, die keine schöngefärbten, sondern reale Berichte abgeben und konsequent berechnete Forderungen der Arbeiter verwirklichen soll. Man erklärt weiter, dass die Arbeiter die Provokationen nicht selbst vereitelten, liegt an der Schuld der Partei und Gewerkschaft, da sich diese von der Demonstration fernhielt und nicht unter Ausnutzung der berechtigten Forderungen der Werktätigen die Demonstration in die Hand nahm und in die richtigen Bahnen lenkte. Es ist ein alter Grundsatz der Bolschewiki, immer bei den Massen zu sein, um sie zu führen. Man führt dort weiter aus, die BGL war der Spielball der Provokateure und hat sie dadurch unterstützt, dass sie die Versammlung mit aufrief und die Forderungen anerkannte. [sic!]

Als durch den Betriebsschutz und die Parteileitung des VEB EKM Bergmann-Borsig die Anweisung herauskam, dass die restlichen Westberliner Arbeitskollegen zusammengeworfen werden sollen, um sie nach Westberlin zu schleusen, brachten viele dieser Kollegen zum Ausdruck, dass sie nun durch diesen Streik brotlos wären. So erklärte der Kollege [Vorname Name 19]: »Ich bin schon 25 Jahre Angehöriger des volkseigenen Betriebes Bergmann-Borsig und bedaure es sehr, dass ich jetzt meine Arbeitsstelle verlassen muss. Ich gebe die Schuld nicht der SED, sondern den Westberliner Meuterern und verlange, dass die Verantwortlichen, die den Streik hervorgerufen haben, zur Verantwortung gezogen werden. Ich stehe für meine Stellungnahme immer ein.«

Der Kollege [Vorname Name 20] brachte zum Ausdruck, dass er es versteht, dass die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik jetzt diese Maßnahme ergreift, um somit wirklich die Provokateure und Agenten, die aus Westberlin sich in den demokratischen Sektor sowie in der DDR aufhalten, festzustellen und ihrer habhaft zu werden. Das Gleiche brachten die Kollegin [Name 21] und die Kollegin [Name 22] zum Ausdruck. Das disziplinvolle Verhalten der Westberliner Arbeitskollegen kommt darin zum Ausdruck, dass sie sich in einer Baracke außerhalb des Werkes aufgehalten haben und darauf warteten, dass unsere sowjetischen Freunde ihnen bei einem sicheren Übergang der Sektorengrenze <sup>15</sup> halfen. [sic!]

Aus dem Stimmungsbericht über Westberlin vom 18.6.1953 entnehmen wir: Die Streikbewegung im demokratischen Sektor von Berlin wird von einem großen Teil der Westberliner Arbeiter als gut und richtig befunden. Der FDGB wird als Anhängsel der SED und russischer Besatzungsmacht bezeichnet. Jetzt wüssten Ulbricht und die übrige »Pankower Regierung« genau, dass die Menschen in der »Zone« und »Ostsektor« von Berlin eine andere Regierung haben wollen, die die Arbeiter nicht so mit Normen usw. ausbeutet wie jetzt.

Die Volkspolizei, die gegen die Demonstranten mit Gummiknüppeln vorging, wird als bolschewistische Knüppelgarde bezeichnet. Ein Teil der Westberliner war der Meinung, dass diese Provokation und Terrorakte zum »Sturz des Ostregimes« führen würden. Man war dann enttäuscht und stark beeindruckt [von] den eingeleiteten militärischen Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht.

Ein anderer Teil verurteilte aufs Schärfste die Gewaltakte, die sich im Ostsektor abgespielt haben. Diese Ablehnung respektiert <sup>16</sup> meistens aus persönlichen Gründen. So ist man verärgert, dass die Westberliner nun nicht mehr im Ostsektor essen können, dass die Westberliner Gartenbesitzer, wenn diese Unruhen nicht gekommen wären, ihre Grundstücke im Ostsektor zurückerhalten hätten, dass die »Pankower Regierung« noch mehr Zugeständnisse gemacht hätte und Ähnliches mehr. Abschließend wird gesagt, dass man jetzt in Westberlin die Meinung habe, dass die fraglichen Stellen in Westberlin jetzt erst abwarten sollen, wie die »Pankower Regierung« und die russische Besatzungsmacht mit den Streiks und Unruhen fertig wird. Dann sollen wieder BDJ<sup>17</sup> und KgU<sup>18</sup> nachhelfen.

Die BDJ ruft in letzter Zeit zum verschärften Kampf gegen den sogenannten Bolschewismus auf. Die Stumpolizei <sup>19</sup> hat für drei oder vier Tage besondere Verpflegung ausgegeben. Genannte und die westlichen Besatzungsmächte sind in dauerndem Alarmzustand.

1

Gemeint sind die Verordnungen, die im Zusammenhang mit der Ausrufung des »Neuen Kurses« am 11.6.1953 erlassen wurden. Dadurch sollten insbesondere geflüchtete ehemalige Bauern und Gewerbetreibende durch das Versprechen, wieder in ihre alten Rechte eingesetzt zu werden und ihren Besitz zurückzuerhalten, veranlasst werden, in die DDR zurückzukehren. Vgl. Kommuniqué über die Sitzung des Ministerrats der DDR vom 11. Juni 1953 und entsprechende Verordnungen. In: ND, Berliner Ausgabe, v. 12.6.1953, S. 1.

2

Wilhelm Pieck befand sich zu einer längeren Kur auf der Krim, seine Abwesenheit gab zu verschiedenen Gerüchten Anlass. Vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha: 17. Juni 1953 – Volksaufstand in der DDR. Ursachen – Abläufe – Folgen. Bremen 2003, S. 280, Fußnote 65.

3

Gemeint ist das Wälzlagerwerk Fraureuth.

4

Zu den Ereignissen im Wälzlagerwerk Fraureuth vgl. Roth, Heidi: Der 17. Juni in Sachsen. Mit einem einleitenden Kapitel von Karl Wilhelm Fricke. Köln u. a. 1999, S. 350–356.

5

Die Berliner Allee im Bezirk Berlin-Weißensee wurde am 13.6.1953 nach dem im März verstorbenen Vorsitzenden der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei in Klement-Gottwald-Allee umbenannt.

6

Gemeint ist Berlin-Schöneweide.

7

Im Original »Walz- und Graphierwerk«.

8

»W« steht für den operativen Zuständigkeitsbereich Wismut AG, der im MfS zu dieser Zeit als eine eigene Verwaltung mit dem Rang einer Bezirksverwaltung organisiert war.

9

Gemeint ist die Hauptverwaltung Metallurgie im Ministerium für Hüttenwesen und Erzbergbau.

10

Im Original »Villauer«. Gemeint ist das Rittergut in Vielau bei Reinsdorf, Kreis Zwickau.

11

Gemeint ist das Gespräch zwischen Vertretern der DDR-Regierung und der evangelischen Kirche am 10.6.1953, bei dem die Rücknahme von Maßnahmen der Diskriminierung und Verfolgung der Mitglieder der Jungen Gemeinden und anderer kirchlicher Einrichtungen, die Rückgabe von beschlagnahmtem Kircheneigentum und die Wiederauszahlung von staatlichen Zuschüssen verkündet wurde. Vgl. Kommuniqué über die Besprechung von Vertretern des Ministerrates und Vertretern der Kirche. In: ND, Berliner Ausgabe, v. 11.6.1953, S. 2.

12

Die allgemeine Normenerhöhung basierte auf einem Beschluss der 13. ZK-Tagung am 13./14.5.1953, der durch den Beschluss des

Ministerrates über die Erhöhung der Arbeitsnormen vom 28.5.1953 umgesetzt wurde. In: GBl. 1953, S. 781–783. Hier wurde eine generelle Normenerhöhung »um mindestens 10 % bis zum 30. Juni 1953« festgelegt.

13

Im Original »AGIA«. Gemeint ist der VEB Nahrungsmittelfabrik AIGA Auerbach.

14

Im Ostberliner Bezirk Treptow.

15

Das Werksgelände des VEB Bergmann-Borsig in Berlin-Wilhelmsruh lag direkt an der Sektorengrenze.

16

Gemeint ist offenbar »resultiert«.

17

Der 1950 gegründete Bund Deutscher Jugend (BDJ) war eine militant antikommunistische Organisation, die sich an jugendbewegt-bündische Traditionen anlehnte. Ihre im April 1951 gegründete geheime Unterorganisation »Technischer Dienst« diente dem Aufbau einer Guerilla-Organisation für den Fall einer kriegerischen Auseinandersetzung mit dem Osten (»Stay-behind-Netz«) und wurde aus US-amerikanischen Geheimdienstquellen finanziert. Die Organisation wurde im Januar/Februar 1953 in Hessen, Niedersachsen, Bremen, Hamburg und Baden-Württemberg von den jeweiligen Landesinnenministerien verboten. Vgl. Dudek, Peter; Jaschke, Hans-Gerd: Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Opladen 1984, Bd. 1, S. 356–388.

18

Die »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« (KgU) war eine antikommunistische Organisation, die von Westberlin aus in die DDR hineinwirkte. Sie wurde 1949 u. a. von Rainer Hildebrandt gegründet, 1951 übernahm Ernst Tillich die Leitung. 1959 wurde die KgU aufgelöst. Wegen ihrer Anbindung an amerikanische Geheimdienststellen und des zeitweisen Einsatzes auch militanter Mittel galt sie dem MfS als besonders gefährlicher Gegner. Vgl. Merz, Uwe: Kalter Krieg als antikommunistischer Widerstand. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit 1948–1959. München 1987; Engelmann, Roger: Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit. In: Henke, Klaus-Dietmar; Steinbach, Peter; Tuchel, Johannes (Hg.): Widerstand und Opposition in der DDR. Köln u. a. 1999, S. 183–192.

19

Bezeichnung für die Westberliner Polizei nach ihrem ersten Polizeipräsidenten Johannes Stumm (1948–63). Unmittelbar nach der Spaltung der Berliner Polizei im Juli 1948 zunächst allgemein verbreitet, später nur noch in SED-nahen Kreisen üblich und pejorativ konnotiert.